

Hauptausschuss – öffentlich vom 17.10.2017

2) TOP 2-025/17 DonauquellFest - Veranstaltungsorganisation ab 2018

Herr Haller: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Herrn Haller für die Einführung in den Tagesordnungspunkt. Im Beschlussvorschlag müsse das Wort "Gemeinderat" in "Hauptausschuss" umgeändert werden.

Stadtrat Hall: Er schlage vor, dass der Arbeitskreis Donauquellfest in einem Rhythmus von drei Monaten stattfinden solle.

Aus zeitlichen Gründen könne das Donauquellfest im Jahr 2018 nicht stattfinden, sodass es auf das Jahr 2019 verschoben werden müsse.

Die CDU-Fraktion würde dem Beschlussvorschlag zustimmen und freue sich auf die gemeinsame Arbeit.

Oberbürgermeister Pauly: Er freue sich über das Engagement und die aktive Teilnahme seitens der Gemeinderäte.

Stadtrat Blaurock: Der Grünen-Fraktion sei wichtig, dass das Amt 2 die Bedeutung des Gregorifestes darlege. Hierbei solle beispielsweise auf die Entstehung des Gregorifestes eingegangen werden.

Oberbürgermeister Pauly: Bei den Gregoriwecken sei auf dem Beipackzettel bereits die Historie des Gregorifestes „400 Jahre Tradition“ beschrieben.

Stadtrat Rögele: Er bemerke, dass das Gregorifest alle zwei Jahre getrennt vom Donauquellfest stattfinden werde. Er überlege, wo das Gregorifest zukünftig stattfinden solle. Straßensperrungen im Residenzbereich müssten beachtet werden.

Die Zuständigkeit für die Klärung dieser Themen, liege jedoch beim Arbeitskreis Donauquellfest.

Oberbürgermeister Pauly: Für die Stadt Donaueschingen sei sehr wichtig, dass das Gregorifest in einem jährlichen Turnus stattfinde. Eine Abstimmung des Veranstaltungsortes sei möglich.

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss beschließt, dass das DonauquellFest künftig – beginnend mit dem laufenden Jahr 2017 – im zweijährigen Turnus veranstaltet wird.
2. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, hierfür in den Haushalt 2019 Mittel in Höhe von 60.000 € einzustellen.
3. Der Hauptausschuss beschließt, ab 2020 – ebenfalls im zweijährigen Turnus – ein neues Veranstaltungsformat einzuführen. Die konzeptionelle Grundlage hierfür wird im Arbeitskreis entwickelt und durch die Verwaltung umgesetzt.

(einstimmig)

3) TOP 2-022/17 Vereinsförderung - Investitionszuschüsse 2018

Herr Haller: Er führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Die Investitionszuschüsse seien die Empfehlungen der ehemaligen Sachgebietsleiterin Verena Motteler.

Ortsvorsteherin Winterhalter: Den Antrag des Narrenvereins Waldwinkel Hubertshofe habe der Narrenverein selbst gestellt. Der Narrenbrunnen sei eine Aktion des Narrenvereins, bei der die Ortsverwaltung nicht involviert gewesen sei. Hierbei handle es sich lediglich um Vereinssache.

Oberbürgermeister Pauly: Er verweise auf die Anlage der Sitzungsvorlage und somit darauf, dass der Antrag auf Förderung seitens des Narrenvereins Waldwinkel Hubertshofen der zweiten Zeile der Tabelle aufgeführt sei. Die Höhe der Förderung ergibt sich aus einem zehnprozentigen Anteil der Gesamtkosten.

Stadtrat Reith: Der Anteil jugendlicher Mitglieder beim Narrenverein Waldwinkel Hubertshofen müsse überprüft werden. Bei einem Anteil jugendliche Mitglieder von mehr als 20 Prozent solle die prozentuale Förderung von zehn auf 15 Prozent erhöht werden. Ansonsten würde hier die typische Vereinsförderung greifen.

Herr Haller: Er werde diesbezüglich mit der ehemaligen Sachgebietsleiterin Verena Motteler Kontakt aufnehmen.

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadtverwaltung sei an die Vereinsförderrichtlinien gebunden, die der Gemeinderat beschlossen habe. Die Stadtverwaltung werde dem Anliegen des Stadtrates Reith nachgehen.

Beschluss: Den in der Vorlage dargestellten Zuschussanträgen wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 6-004/17 Pflegestützpunkt Schwarzwald-Baar-Kreis Süd - Information

Frau Wetzel, Betreuerin des Pflegestützpunktes in Donaueschingen, stellt den Pflegestützpunkt Baden-Württemberg Schwarzwald-Baar-Kreis als einer der Beratungsstellen des Landratsamtes der Stadtverwaltung Donaueschingen mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Sie verweist auf Frau Koffler, die am heutigen Abend den Bereich Alter-und Technik vorstellen werde.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich für die heutige Präsentation und er finde das Angebot des Pflegestützpunktes als Beratungsstelle des Landratsamtes bemerkenswert. Im Alter sei es ein wesentlicher Aspekt, im eigenen Wohnbereich bleiben zu können. Er weise darauf hin, dass es wichtig sei, sich bereits in jungen Jahren mit dem Leben im Alter auseinanderzusetzen. Ein Besuch beim Pflegestützpunkt sei deshalb lohnenswert.

Stadträtin Riedmaier: Sie gestehe, die im Sitzungssaal ausgelegten Flyer des Pflegestützpunktes zunächst nicht beachtet zu haben, da das dort angedruckte Angebot für ältere Menschen bestimmt sei. Jedoch habe der Vortrag nun doch ihr Interesse geweckt. Sie arbeite beruflich mit Kindern mit Behinderung. Oft würden die Elternteile bei ihr nachfragen, ob sie Beratungsstellen im Umkreis empfehlen könne. Deswegen würde sie gerne wissen, ob der Pflegestützpunkt auch Hilfeleistungen für die Zielgruppe Kinder mit Behinderung anbiete.

Frau Wetzel: Zunächst müsse der Einzelfall geprüft werden. Bei Kindern und Jugendlichen mit Schwerbehinderung, die auf pflegerische Hilfe angewiesen seien, könne sehr gerne auf den Pflegestützpunkt verwiesen werden. Hier könnten Hilfen aus dem Bereich der Eingliederungshilfe geleistet werden.

Stadtrat Blaurock: Er bedanke sich für den Vortrag und für das Angebot des Pflegestützpunktes Süd. Menschen, die bereits Erfahrungen mit alternden Menschen gemacht haben, würden verstärkt merken, wie sinnvoll das Angebot eines Pflegestützpunktes sei. Der Sozialdienst der Rehabilitationsklinik, in der er arbeite, werde auf das Angebot des Pflegestützpunktes verweisen. Das Angebot werde insbesondere von Patienten mit Handicaps benötigt. Die beteiligten Mitarbeiter im Bereich der Pflege sollen auch über dieses Angebot Bescheid wissen. Er bedanke sich bei Frau Wetzel und Frau Koffler für die geleistete Arbeit und die Zusammenarbeit.

Stadträtin Wesle: Sie möchte wissen ob der Pflegestützpunkt mit anderen Beratungsstellen kooperiere und beispielsweise soziale Dienste an diesen verweist.

Frau Wetzel: Sie hoffe, dass andere Beratungsstellen auf das Angebot des Pflegestützpunktes verweisen. Im Rahmen des Entlassmanagements bei Kliniken sei beim Pflegestützpunkt ein großer Zulauf an Patienten, die das Krankenhaus verlassen, zu bemerken. Der Pflegestützpunkt sei für die weitere Versorgung der Patienten zuständig.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich für das gut gelungene Angebot eines Pflegestützpunktes in Donaueschingen. Er spreche ebenso ein Dankeschön an das Landratsamt in Villingen-Schwenningen sowie an den Landrat aus.

Beschluss:

Die Informationen über den Pflegestützpunkt Schwarzwald-Baar-Kreis Süd und der Beratungsstelle „Alter & Technik“ werden zur Kenntnis genommen.

5) TOP 6-006/17 Haushaltsplan 2018 - Schulbudgets

Oberbürgermeister Erik Pauly: Er begrüßt die heute anwesenden Rektoren und Rektorinnen und bittet Herrn Romer in den Tagesordnungspunkt einzuführen.

Herr Romer: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Beschluss:

1. Die Information wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Schulbudgets im Haushaltsjahr 2018 hinsichtlich der Budgetanteile „Sächliche Kosten Schulbetrieb“ in Höhe von 28,5 % der jeweiligen Sachkostenbeiträge des Landes zu bewilligen.
3. Es wird zugestimmt, die Schulbudgets für das Haushaltsjahr 2018 entsprechend den tatsächlichen Schülerzahlen gemäß Schulstatistik vom 18. Oktober 2017 und den endgültigen Sachkostenbeiträgen für 2018 anzupassen.

(einstimmig)

6) TOP 6-005/17 Kinderbetreuung - Bedarfsplanung 2017/18

Herr Romer: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Herrn Romer für die Einführung in den Tagesordnungspunkt und für die vorbildlich geleistete Arbeit in diesem Jahr. Er freue sich, dass die Kinderzahlen angestiegen seien.

Stadtrat Hall: Er bedanke sich ebenfalls für die geleistete Arbeit bei Herrn Romer. In den Kindergärten gebe es nun mehr Gruppen und es werde mehr Personal benötigt.

Stadträtin Riedmaier: Sie bedanke sich auch bei Herrn Romer für das vorgelegte Zahlenwerk. Sie weise darauf hin, dass es sich beim Kindergarten Wunderfitz nicht um einen Kindergarten, sondern um eine Kindertagesstätte handle.

Das Klientel im Kindergarten St. Elisabeth habe sich verändert. Es seien von 100 Kindern lediglich 19 Kinder deutschsprachig.

Es mache sich verstärkt bemerkbar, dass gut situierte Eltern ihre Kinder in Kindergärten außerhalb von Donaueschingen anmelden würden.

Neben den Kindertagesstätten sei es trotzdem wichtig, reguläre Kindergartenplätze anzubieten.

Sie empfinde es als sehr negativ, wenn der Kindergarten Wunderfitz keine klassischen Kindergartenplätze anbiete, da dafür der Bedarf vorhanden sei.

Der Kindergarten St. Elisabeth würde wegen Überfüllung bereits mit Wartelisten arbeiten.

Stadtrat Dr. Wagner: Er bedanke sich bei Herrn Romer für die Darstellung. Auch er bemerke den demographischen Wandel und dass die Fluktuation in den Kindergärten sehr hoch sei.

Er würde gerne wissen, ob die neue Kindertagesstätte/Kindergarten im Jahr 2019 fertig sein werde und welche Zahlen als Grundlage für die Planung verwendet worden seien. Zudem würde er gerne wissen, wie viele Gruppen dort untergebracht werden können und was der neue Kindergarten für Auswirkungen auf andere Kindergärten hätte.

Stadtrat Blaurock: Er bedanke sich auch bei Herrn Romer und schließe sich der CDU-Fraktion an. Die Personalkosten seien in Kindergärten hoch, trotzdem würde es sich über die gestiegenen Kinderzahlen freuen.

In Kindergärten werde die Erweiterung des Betreuungsangebots ermöglicht, dass beide Elternteile ihrer Berufstätigkeit nachgehen können.

Zu der angesprochenen Problematik seitens Frau Stadträtin Riedmaier empfehle er, die Diskussion in einer Kuratoriumssitzung durchzuführen.

Stadträtin Schmitt: Sie interessiere sich für den Bedarf an Kindergartenplätzen für Kinder mit besonderem Förderbedarf und ob dafür besonders qualifiziertes Personal benötigt werde.

Stadtrat Rögele: Er erkundige sich nach vorhandenen Personalreserven die bei akut auftretendem Personalbedarf einspringen können. Ein Beispiel seien Auszubildende.

Zudem würde er gerne wissen, ob in den Kindergärten auch bauliche Maßnahmen geplant seien.

Herr Romer: Zum Hinweis von Frau Stadträtin Riedmaier merke er an, dass die Zahlen für den Kindergarten St. Elisabeth sehr aktuell seien und er von einer Warteliste nichts gehört habe. Nach seiner Information würden im Juli 2018 zwei freie Plätze zur Verfügung stehen, aber dies könne sich auch schnell wieder ändern.

Das Amt 6 habe das Ziel, alle Anfragen auf Kindergartenplätze für Kinder aus Donaueschingen zu erfüllen. Oftmals würden sich mehrere Familien bei mehreren Einrichtungen anmelden, sodass es zu Mehrfachanmeldungen komme.

Bei der Kindertagesstätte Wunderfitz sei eine Ganztagsbetreuung nur möglich, weil die notwendigen Räumlichkeiten (z.B. auch Schlafräum) und das Personal vorhanden seien. Das Personal müsse von 7:00 Uhr bis 17.00 Uhr zur Verfügung stehen. Diese erforderlichen Voraussetzungen für ein Ganztagsbetreuungsangebot könnten nicht so einfach auch in anderen Einrichtungen ermöglicht werden.

Stadträtin Riedmaier: Sie weise darauf hin, dass es seit der Einführung von Kindertagesstätten weniger klassische Kindergärten gebe und in der Kindertagesstätte nur noch Ganztagsbetreuung angeboten werde.

Der Kindergarten St. Elisabeth sei ein klassischer Kindergarten, der den Bedarf an klassischen Kindergartenplätzen nicht decken könne und deswegen überfüllt sei. Dort würden auch vermehrt Kinder aufgenommen, die einen Migrationshintergrund hätten.

Außerdem denke sie, dass die Elternteile der Kinder, die in Kindertagesstätten untergebracht seien, beide meist berufstätig seien.

Sie betone, dass im Konversionsareal unbedingt klassische Kindergartenplätze angeboten werden müssen.

Herr Romer: Er stimme Stadträtin Riedmaier zu, dass Anfragen nach Regelkindergartenplätzen sicherlich nicht immer wohnortnah erfüllt werden können. Er gebe den Hinweis, dass beim Evangelischem Kindergarten in unmittelbarer Nähe zum Kindergarten St. Elisabeth auch Angebote verschiedener Betreuungsformen zur Verfügung stehen würden.

Zu Herrn Stadtrat Dr. Wagner wolle er anmerken, dass vielen Familien ein kostengünstigeres Betreuungsangebot bis 14:00 Uhr ausreichen würde. Auch werde deshalb dem Bedarf des Kindergartens St. Lioba entsprochen. Es wird ab Januar 2018 eine Kleingruppe mit Regelplätzen in eine Kleingruppe mit verlängerten Öffnungszeiten umgewandelt.

Im Konversionsareal seien drei Ganztagsgruppen für Kinder von null bis sechs Jahren geplant. In einem zweiten Bauabschnitt bestünde die Möglichkeit einer Erweiterung um zwei weitere Kindergruppen. Zur Ermittlung des Bedarfs an neuen Betreuungsplätzen für die Kindertagesstätte im Konversionsareal seien von Herrn Tempelmann Erhebungen auf der Grundlage der geplanten neuen Wohneinheiten durchgeführt worden.

Das Betreuungsangebot könne je nach Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, wie auch über drei Jahren eingerichtet werden. Dabei möchte man auf den künftigen Bedarf an Betreuung für unter dreijährige Kinder flexibel reagieren können.

Angesichts der steigenden Kinderzahlen und dem Bedarf an weiteren Betreuungsplätzen sollte Ziel sein, die neue Kindertagesstätte im Jahr 2019 fertigzustellen. Mit der Fertigstellung dieser Kindertagesstätte sei geplant, dass die Evangelische Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“ die vorhandene Ganztagsgruppe in eine Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten (VÖ) umwandelt. Durch das zusätzliche Angebot an VÖ-Betreuungsplätzen könne ein weiterer Bedarf bei dieser Betreuungsform abgedeckt werden.

Zu der angesprochenen Problematik seitens Frau Stadträtin Riedmaier stimme er Herrn Stadtrat Blaurock zu, diese in den jeweiligen Kuratoriumssitzungen zu besprechen.

Zu Frau Stadträtin Schmitt wolle er anmerken, dass soweit möglich, versucht werde, Kindern mit Behinderung einen Kindergartenplatz zu ermöglichen. In verschiedenen Fällen würde vom Jugendamt im Rahmen der Eingliederungshilfe hierfür zusätzliches notwendiges Personal bezuschusst.

Stadträtin Riedmaier: Sie erkundige sich erneut, ob im Konversionsareal eine Kindertagesstätte und kein klassischer Kindergarten geplant sei.

Herr Romer: Da die Nachfrage an Plätzen für die Ganztagsbetreuung steige und für solche Betreuungsmöglichkeiten ausreichend Räumlichkeiten vorgeschrieben seien, sei geplant, dieses Betreuungsangebot an zusätzlichen Plätzen beim Bau der neuen Kindertagesstätte im Konversionsareal für Kinder U3/Ü3 zu schaffen.

Oberbürgermeister Pauly: Er weise den Gemeinderat darauf hin, dass der finanzielle Aufwand für ein breiteres Betreuungsangebot in Kindergärten ansteigen würde, wie zum Beispiel die Personalkosten.

Frau Riedmaier: Ihr gehe es primär um die Durchmischung von klassischen Kindergartenplätzen und Plätzen bei Kindertagesstätten. Dies sei auch im Konversionsareal wünschenswert.

Herr Romer: Dadurch, dass der Bedarf an zusätzlichen Ganztagesplätzen steige, müsse dies bei der Planung der neuen Kindertagesstätte berücksichtigt werden. Er schlage vor, dass die Anmeldesituation für das nächste Kindergartenjahr 2018/19 abgewartet werde. Im Rahmen der nächsten Bedarfsplanung könne dann entschieden werden, Plätze dem entsprechenden Bedarf (Regel-/Ganztagesplatz) anzupassen.

Oberbürgermeister Pauly: Er weise darauf hin, dass die Thematik nicht Inhalt des Beschlussvorschlages sei. Er bedanke sich bei Amt 6, bei den Erziehern und den Schulleitern.

Beschluss:

1. Es wird zugestimmt, dass die vorhandenen Plätze für Kinder unter drei Jahren und Kindergartenkinder – außer den Plätzen des Naturkindergartens Apfelbäumchen – in die örtliche Bedarfsplanung aufgenommen werden.
2. Sollte die Einrichtung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren als Übergangslösung notwendig werden, empfiehlt der Hauptausschuss dem Gemeinderat, die hierfür erforderlichen außerplanmäßigen Haushaltsmittel bereitzustellen.
3. Der Kinderbetreuung-Bedarfsplanung 2017/18 wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Stadtrat Rögele stellt den Antrag, einen außerplanmäßigen nichtöffentlichen Teil zu eröffnen.

Oberbürgermeister Pauly verzeichnet keinen Widerspruch.

Ein außerplanmäßiger nichtöffentlicher Teil werde in Anschluss an die öffentliche Sitzung eröffnet.